

Wachstumsschmerzen Die Stadt braucht dringend neue bezahlbare Wohnungen, und zwar viele. Darin sind sich die meisten Münchner einig. Doch wenn die Gebäude auf Grünflächen in der Nachbarschaft gebaut werden, regt sich bei den Anwohnern häufig massiver Widerstand. Angesichts des prognostizierten Zuzugs dürften die Konflikte zunehmen



Grün oder Grau

Was ist wichtiger: Viele neue Wohnungen bauen oder Erholungsflächen schützen? Immer öfter wehren sich Anwohner gegen geplante Projekte

VON THOMAS ANLAUF

Es ist ein unscheinbarer Ort am Rande der Stadt. Gleise führen nach Süden, Container stehen herum. Eine kleine Grünanlage schließt sich dem Friedhof am Perlacher Forst an, ein Weg führt dort zwischen Bäumen und Büschen noch weiter an den Stadtrand. Den Park an der Herbert-Quandt-Straße in Obergiesing kennen wohl nur Münchner, die in der Nähe wohnen. Für Naturschützer ist er jedoch etwas ganz Besonderes: Ihm wird eine „sehr hohe bioklimatische Bedeutung“ zugemessen, wie es offiziell in der Stadtklimaanalyse vermerkt ist. Doch ausgerechnet die Stadt will durch den öffentlichen Park eine Straße bauen. Dafür müssten nach Angaben des Bund Naturschutzes zwischen 174 und 394 Bäume gefällt werden. Per Online-Petition hat die Münchner Kreisgruppe in kurzer Zeit etwa 1000 Unterschriften gegen den Straßenausbau gesammelt. Am vergangenen Mittwoch sollte der Stadtrat über den Bau der Straße abstimmen. Doch die Entscheidung wurde bis zum Frühjahr vertagt, die Politiker wissen: Wenn es um den Erhalt von Bäumen und Grünflächen geht, verstehen die Münchner keinen Spaß.

Eine Bürgerinitiative aus Trudering, die um den Erhalt einer schlichten Wiese an der Unnützstraße kämpft, will nun das Thema grundsätzlich angehen. Sie will statt-

weit mindestens 35000 Unterschriften sammeln, um einen Bürgerentscheid für den verbrieften Schutz von allen Parks und Grünanlagen in München zu erzwingen. „Obwohl Freiflächen in München bereits Mangelware sind, will die Stadt für die Bevölkerung wertvolle, sogar im Flächennutzungsplan ausgewiesene Grünflächen durch Bebauung dauerhaft vernichten“, sagt der Sprecher der Initiative, Stefan Hofmeir. Er ist zuversichtlich, dass die Unterschriften zum besseren Schutz der Münchner Grünanlagen schnell zusammenkommen, denn auch in anderen Stadtteilen regt sich immer wieder Protest gegen Bauvorhaben, die Freiflächen zerstören.

Oberbürgermeister Dieter Reiter ist zunehmend verwundert über die Haltung vieler Anwohner

Zunehmend protestieren Münchner sogar gegen den Bau neuer, günstiger Wohnungen wie beim Projekt „Wohnen für alle“ am Dantebad. Dort befürchteten Nachbarn einen sozialen Brennpunkt im Viertel, weil in die Apartments Geringverdienender und anerkannte Flüchtlinge einziehen. Auch an der Unnützwiese in Trudering soll „Wohnen für alle“ umgesetzt werden: Vier Häuser mit 57 Wohnungen werden dort entstehen – am Rand der Wiese, wie Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) den

wütenden Anwohnern in einer Bürgerstunde versicherte: „Von einem Zubauen der Wiese kann keine Rede sein.“

Reiter ist zunehmend verwundert über die Haltung vieler betroffener Anwohner. Schließlich braucht München Tausende bezahlbare Wohnungen. Mit einem ehrgeizigen Bauprogramm sollen bis 2020 insgesamt 42.500 Apartments entstehen, die sich auch Geringverdienender leisten können. Doch selbst Deutschlands größtes kommunales Wohnungsbauprogramm, das der Stadtrat vor zwei Wochen beschlossen hat, wird nicht ausreichen, um die seit Jahren angespannte Lage am Münchner Mietmarkt zu beruhigen.

Muss die Stadt also um jeden Preis Wohnungen bauen? Die Stadtplaner sind sich einig, dass der enorme Druck auf München weiter anhalten wird, schon steuert die Landeshauptstadt auf die Marke von 1,6 Millionen Einwohnern zu, die voraussichtlich 2018 erreicht sein wird. Trotzdem mehrten sich die Stimmen, die vor Aktionismus warnen. Zwar stimmte die CSU für das 870 Millionen Euro teure Maßnahmenpaket „Wohnen in München VI“, doch im Vorfeld mahnte Wirtschaftsreferent Josef Schmid (CSU): „Manchmal wird mir die Wohnungsbauseite zu sehr einseitig betont.“ Er fordert auch mehr Gewerbeflächen, außerdem sieht er durch die Wohnungsbaupolitik zunehmend die städtischen Grünflächen in Gefahr. „Die

un glaubliche Lebensqualität hier hängt auch mit den Grünflächen zusammen“, so Schmid.

Damit trifft er wohl den Nerv von vielen Münchner Gartenstadtbewohnern, die seit Jahren um den grünen Charakter ihrer Siedlungen bangen. Es werde derzeit „auf geradezu hektische Art wie wild um sich gebaut“, ohne dabei auf Bauvorschriften, Bürgerbelange und Stadtratsbeschlüsse zu achten, findet Andreas Dorsch von der Bürgerinitiative Gartenstadt Harlaching. Jahrzehntlang habe die Politik München zu einer boomenden Metropole geredet. „Jetzt hat man es geschafft! Und wie weiter?“, fragt sich Dorsch. Es werde weitgehend planlos gebaut, „dafür müssen Bäume und Grünflächen weichen, dadurch wird vor allem die Innenstadt öder und heißer. Muss das so sein?“

Immer mehr Menschen haben immer weniger Freiflächen zur Verfügung

Das muss nicht sein, finden auch Münchens Naturschützer. Zwar sei der hohe Wohnungsdruck auf München eine „große Herausforderung“, allerdings müssten die städtischen Grünflächen wegen des Klimawandels und zur Erholung der Bevölkerung erhalten bleiben, sagt Daniel Reitmeier von der Münchner Umweltorganisation

Green City. „Der Erhalt jeder Grünfläche ist uns wichtig.“ Seiner Meinung nach sei die wichtigste wohnungspolitische Maßnahme, kleinere Wohnungen zu bauen, um weniger Fläche zu verbrauchen. „Das ist aus unserer Sicht der einzige Weg“, so Reitmeier. Der Bund Naturschutz in München warnt sogar den Stadtrat, Grünflächen für Bauvorhaben zu opfern. „Wir brauchen keine Zerstörung der Parks, sondern Puffer zur Anpassung an den Klimawandel und mehr Erholungsflächen“, sagt Christian Hiernis, Vorsitzender des Bund Naturschutz in München. Am Beispiel des geplanten Ausbaus der Herbert-Quandt-Straße etwa werde sich zeigen, „ob der Stadtrat seinen Beschluss zum Klima- und Naturschutz überhaupt ernst meint“, sagt der Umweltschützer. Erst vor zwei Wochen hat der Stadtrat ein umfangreiches Konzept beschlossen, in dem auch der Erhalt und Ausbau von Grünanlagen in München als Ziel vorgegeben wurde, um den erwarteten Temperaturanstieg durch den Klimawandel erträglich zu halten.

Doch die Realität sieht anders aus. Stadtbaurätin Elisabeth Merk ließ im Frühjahr errechnen, dass zwischen 2010 und 2015 mehr als 47.000 Bäume in München gefällt wurden, hingegen nur 25.000 nachweislich gepflanzt worden seien. Merks Planungsreferat bestätigt, dass „durch das Anwachsen der Stadt der Pro-Kopf-Anteil an Grün- und Freiflächen sinkt“.

Proteste im Umland

Nicht nur in der Stadt wird um Erholungsflächen gestritten

Taufkirchen/Unterschleißheim – Der Siedlungsdruck stellt nicht nur die Stadt München vor große Herausforderungen, was den Bau von Wohnungen angeht, auch die Kommunen im Landkreis müssen wegen des anhaltenden Zuzugs Platz schaffen für die vielen Tausend neuen Einwohner. Und da bleibt oft nichts anderes, als Grünflächen am Ortsrand für die Bebauung ins Auge zu fassen. Bei der Bevölkerung stößt dies nicht selten auf Widerstand. Kaum einer, der wegen der Natur aufs Land gezogen ist, freut sich darüber, dass ihm ein Häuserblock vor die Haustür gesetzt wird.

In Taufkirchen zum Beispiel haben die Wähler bei zwei Bürgerentscheiden in den Jahren 2007 und 2008 eine Bebauung der Kegelfelder, einem 150.000 Quadratmeter großen Gebiet nördlich der Realschule und östlich der S-Bahn, gestoppt. Die Kegelfelder sollen langfristig für Gemeinbedarf freigehalten werden, so lautete das Ergebnis der jeweiligen Abstimmung. Die Gemeinde Oberhaching fährt bereits seit den Siebzigerjahren eine Linie, die nur eine äußerst maßvolle Bebauung zulässt. Der Ort will seine Grünflächen als Erholungsmöglichkeit für die Bevölkerung erhalten. In flächenmäßig begrenzten Gemeinden wie Ottobrunn oder Unterhaching kann man so gut wie keine großen Wohnsiedlungen mehr ausweisen; hier ist nur eine innerörtliche Nachverdichtung möglich.

In Unterschleißheim mobilisieren Bürger gegen Neubaugebiete

In Unterschleißheim, der mit mehr als 30.000 Einwohnern größten Kommune im Landkreis München, treibt die Bürger ganz aktuell die Sorge um, dass das ganze Grün großräumig bebaut wird: Die Stadt ist gerade dabei, einen neuen Flächennutzungsplan aufzustellen – kritisch begleitet von der Bevölkerung. Vor allem die Pläne, am südlichen Ortsrand große Neubaugebiete auszuweisen, insbesondere zwischen Friedhof und Landshuter Straße zum Bergwald hin, stoßen auf breite Ablehnung. Brigitte Wagner von der Interessengemeinschaft „Für ein lebenswertes Unterschleißheim“ bezeichnet die geplante „massive Bebauung“ für mindestens 3500 neue Einwohner als fragwürdig. Damit seien die ohnehin wenigen Grünzüge der Stadt in Gefahr. Diese zu Gunsten einer weiteren Wohnbebauung zu opfern, sei eine falsche Entscheidung, meinen die Gegner. Sie wollen deshalb in den nächsten Wochen „die Leute aktivieren, damit sie ihren Protest kundtun“. Geplant seien Infostände und die Sammlung von Unterschriften, um „Druck aufzubauen“, kündigt Wagner an. Nicht ausgeschlossen, dass die Gegner des Flächennutzungsplans versuchen werden, ein Bürgerbegehren anzustreben.

Die Ortsgruppe Schleißheim im Bund Naturschutz (BN) sieht eine dichte Bebauung zwischen Ober- und Unterschleißheim ebenfalls kritisch: Das Trenngrün zwischen den beiden Kommunen müsse erhalten werden, fordern die Naturschützer. Wenn es nach dem BN geht, könnte entlang einer drei Kilometer langen Strecke der „Moosheidepark Schleißheim“ entstehen. Mit viel Grün. **SABINE WEJSADA**

UMSTRITTENE PROJEKTE



Bolzplatz an der Schmalkaldener Straße. FOTO: FLOP

MILBERTSHOFEN

Baustelle statt Fußballplatz

Von Wiese konnte nicht mehr die Rede sein. Besonders vor den großen Toren. Der Boden war so ausgetreten, dass kein Grün mehr wachsen wollte. Der beste Beweis dafür, dass der Bolzplatz am Frankfurter Ring/Schmalkaldener Straße beliebt war. Kein Wunder also, dass die Anwohner um ihren Platz gekämpft haben. Als sie erfuhren, dass die GWG im Auftrag der Stadt dort ein „Wohnen für Alle“-Bauprojekt plant, organisierten sie sich, sammelten Unterschriften, initiierten eine Online-Petition, veranstalteten ein Fußball-Turnier. In einem offenen Brief an Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) reagierte die ehemalige langjährige Bezirksausschuss-Vorsitzende Antoine Thomsen mit Unverständnis, dass den Jugendlichen der letzte, begrünte Platz im dicht besiedelten Milbertshofen genommen werde. „Diese Fläche zu bebauen, ist ein großer politischer Fehler“, ärgerte sich auch der Landtagsabgeordnete Michael Piazolo (Freie Wähler). Der Stadtrat entschied trotzdem anders, das Wohnprojekt wird mittlerweile gebaut. Aber: Der Protest der Anwohner und der Lokalpolitiker war nicht ganz umsonst. Die GWG erarbeitete einen Kompromiss. Anstelle der 60 Wohnungen werden nun 55 gebaut. Damit Platz bleibt für einen Bolzplatz in kleinerer Version – und so viel Grün wie möglich. **OLE**



Die Unnützwiese soll bebaut werden. FOTO: BRILL

TRUDERING

Wohnen statt bolzen

„Es gibt in München viele nützliche Unnützwiesen“, lautet der Slogan der Truderinger Bürgerinitiative „Rettet die Unnützwiese“. Diese platte Fläche mit zwei Toren an der Unnützstraße hat die Stadt auserkoren als einen Standort für ihr Programm „Wohnen für Alle“: 57 Wohnungen sollen am Rand der grünen Oase entstehen. Die Anlieger um Sprecher Stefan Hofmeir haben sich zunächst zusammengetan, weil sie um ihre Nachbarschafts-Bolzweiese kämpfen wollten. Was sie auch mit allen Mitteln tun: Sie stellen Anträge im Bezirksausschuss und bei der Bürgerversammlung, schreiben einen offenen Brief an OB Dieter Reiter. Auch ihre Internetseite, für die sie ein pädagogisches Filmchen über den Sinn von Nachhaltigkeit gemacht haben, verrät Kampfegeist. Wer will, kann sich für 35 Euro ein Banner mit dem Text „Unnützwiese? Klar nutzen wir diese!“ bestellen. Die Initiative sucht aber auch Leute, die stadtwweit Unterschriften sammeln. Denn die Mitglieder haben erkannt, dass das Problem „Wohnungsbaufäche versus Freizeitfläche“ nicht nur für Trudering gilt. Sie starten ein Bürgerbegehren zur Sicherung bestehender Spiel- und Freiflächen in ganz München. Die besten Argumente dafür liefern die städtischen Grünplaner selbst. **RE**



Flüchtlingsunterkunft an der Thalhoferstraße. FOTO: OH

AM HART

Stillstand statt Einzug

Als die Stadt vor vielen Jahren den Wohnraum an der Bernaysstraße am Hart erschloss, musste sie auch neue Grünflächen ausweisen: eine öffentliche Grünanlage, die vom Schollerweg im Süden bis zur Rathenastraße im Norden reicht. Den Anwohnern wurde die Erschließung damals in Rechnung gestellt. Das war auch ein Grund, dass die Bürger gegen den Bau einer Flüchtlingsunterkunft an der Thalhoferstraße und auf ihrer Grünanlage protestierten, einige Anwohner sogar Klage einreichten. Zwar wurde der Bau ein wenig nach Westen versetzt, damit die Containeranlage für 200 Menschen nicht zu nah an die Wohnhäuser der Thalhoferstraße heranreicht, aber der Standort in der Grünanlage blieb. Bäume wurden gefällt, ein Bauzaun aufgestellt und die ersten Bagger kamen im Spätsommer 2015 – unbekannte Täter bewarfen Baumaschinen mit Steinen. Schon im Juni 2016 sollten die ersten Flüchtlinge einziehen. Doch seit Monaten stagniert der Bau. Container wurden aufgestellt, aber es waren die falschen; sie entsprachen nicht den gesetzlich vorgegebenen Standards und werden derzeit vom Generalunternehmer nachgerüstet. Vergangene Woche wurde das Bagerüst abgebaut. Wann die ersten Flüchtlinge einziehen, ist offen. **OLE**



Biker üben im Fidelitypark am Salzenderweg. FOTO: ALES

BOGENHAUSEN

Schule statt Klimapark

Nach drei vergeblichen Anläufen zur Sanierung des maroden Wilhelm-Hausenstein-Gymnasiums soll jetzt ein Neubau her. Dafür ist das Schulgelände im Arbellapark allerdings zu klein, und die Stadt hat im teuren Bogenhausen kaum eigene Grundstücke. Am Ende fiel die Wahl auf eine 140.000 Quadratmeter große Freifläche am Salzenderweg, auf der Baureferat und Anwohner seit einigen Jahren einen Klimapark entwickeln. Er sollte im Nordosten der Stadt explizit eine Frischluftschneise freihalten. Der Schulbau mit seinen 20.000 Quadratmetern wird diese Schneise zumindest einengen. Angesichts der chronischen Überbelegung des Gymnasiums stellten sich die Stadtviertelvertreter dennoch zähneknirschend hinter den Stadtratsbeschluss vom Juni. Nicht so die Anwohner. Sie gründeten im Juli die Initiative Pro Klimapark, sammelten Unterschriften, versuchten, den Stadtrat umzustimmen. „Wir wachsen ohne Ende“, erklärte Sprecherin Tanja Albrecht, „wir werden immer mehr Menschen. Solche Parks sind in München essenziell wichtig, sonst haben wir am Ende Verhältnisse wie in Los Angeles oder Hongkong.“ Der Bund Naturschutz schloss sich der Kritik an: Ausgewählt worden sei „das Grundstück mit dem geringsten Aufwand und der größten Naturzerstörung“. **UST**